

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Diplomatie zwischen den Zonen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Diplomatie zwischen den Zonen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 1, pp. 7-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131236>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ist es für die Vereinigung der Zonenstaaten bereits zu spät?

Ein Gespräch über die wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten

Ein gesamtdeutscher Sachverständigenbeirat

Bei der Prüfung der Frage, was wir Deutschen selbst tun können, um die Vereinigung von West- und Ostdeutschland vorzubereiten, muß von der grundsätzlichen Bereitwilligkeit auf beiden Seiten ausgegangen werden, die ideologischen Differenzen zunächst vollständig zurücktreten zu lassen. Ihre Überwindung durch spätere politische Maßnahmen, wie z. B. die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland, bleibt dabei freilich ein Ziel, das erreicht werden muß, wenn die innere Spaltung auch für die Zukunft ausgeschaltet bleiben soll. Mir scheint bei der Erfüllung einer solchen prinzipiellen Vorbedingung der Zeitpunkt für eine administrative und wirtschaftliche Wiedervereinigung noch nicht überschritten. Auf administrativem Gebiet könnten die Regierungsbevollmächtigten aus beiden Lagern, die im Hinblick auf eine künftig durch ein deutsches Gesamtparlament zu wählende deutsche Bundesregierung natürlich nur ein provisorisches Amt verwalten, von der Potsdamer Deklaration vom 2. August 1945 ausgehen. Sie enthielt im Abschnitt 3, Ziff. 9 Abs. 4, die bisher niemals verwirklichte Bestimmung, daß einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden sollten, an deren Spitze Staatssekretäre ständen. Diese Verwaltungsabteilungen sollten auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrs, des Außenhandels und der Industrie gebildet werden. Die Absicht der Unterzeichner der Potsdamer Deklaration wäre heute dahin auszulegen, einen provisorischen gesamtdeutschen Sachverständigenrat mit exekutiven Vollmachten für solche Geschäftsbereiche zu bestellen, die zunächst eine Vereinheitlichung der deutschen Wirtschaft und ihrer Verwaltung in die Wege zu leiten hätten. Die Aufsicht über diese Sachverständigentätigkeit könnte evtl. einer in Berlin zu errichtenden Kommission der UNO. übertragen werden.

Eine der wesentlichsten Aufgaben dieses gesamtdeutschen Staatssekretariats bestände darin, die wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zonengrenzen unverzüglich aufzuheben; der Interzonenpaßzwang könnte abgelöst werden zunächst durch eine einfache Kontrolle der Kennkarten, die zugleich eine Kontrolle des Geldverkehrs in sich schließt. Nach einer gewissen Zeit könnte das Staatssekretariat die Vorbereitung einer Währungsunion abschließen, also den Zusammenschluß von DM-Ost und DM-West herbeiführen, dessen Durchführung zugleich die Aufhebung der Geldkontrolle im Wirtschaftsverkehr ermöglicht. Für den Fall, daß ein solcher deutscher Sachverständigenrat in Verwirklichung der bisher niemals durchgeführten Bestimmungen der Potsdamer Deklaration in Funktion tritt, würde wohl auch die Frage, ob die Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen vor der Erörterung einer politischen Vereinigung Vorrang haben sollte, an Bedeutung verlieren. Denn die Tätigkeit dieses gesamtdeutschen Gremiums schließt die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen in erster Linie ein. Sie ist geradezu damit auf das Engste verbunden. Um nicht das Gesamtwerk der von dieser Plattform her vorzubereitenden Wiedervereinigung zu gefährden, wäre die einzelstaatliche Struktur in West und Ost vorläufig beizubehalten. Dieses Provisorium hätte zum mindesten solange Bestand, als nicht ein gesamtdeutsches Par-

lament gewählt worden ist und entsprechende, diese Struktur ändernde, Beschlüsse eines solchen Parlaments gefaßt worden sind. Wenn man den Schwerpunkt solcher sich auf die ursprünglichen Vereinbarungen der Besatzungsmächte stützenden gesamtdeutschen Bestrebungen auf die Herbeiführung der wirtschaftlichen Einheit legt, ergibt sich daraus als bindende Voraussetzung für Ost und West, prestigemäßige Bedenken bei den jetzt bestehenden Regierungen unbedingt zurückzustellen, ebenso wie ideologische Gesichtspunkte oder Ziele. Diese Haltung verpflichtet zugleich zu größter Sorgfalt bei der Bestellung der für den Sachverständigendienst (das gesamtdeutsche Staatssekretariat in Berlin) in Frage kommenden Persönlichkeiten. Sie müßten unabhängig sein von Parteibindungen irgendwelcher Art, am besten nur als Experten auf denjenigen Gebieten in Funktion treten, die zu den in Punkt 9, Abs. 4, Teil 3 der Potsdamer Deklaration genannten Tätigkeitsbereichen gehören. Da sie keine politischen Funktionen, sondern nur administrative wahrzunehmen hätten, könnte diese Aufgabe entweder durch Fachbeamte von besonderer Qualität oder Sachverständige der Wirtschaft in Angriff genommen werden. Sie wäre erst dann abgeschlossen, wenn freie Wahlen in ganz Deutschland die Bildung einer gesamtdeutschen, dem einheitlichen Parlament verantwortlichen Regierung ermöglicht haben. (af)

„Man muß nur den Anfang finden . . .“

Mögen die Daten der Produktionsindices auch nur den Wert gewisser Niveauspiegelungen haben, so sind die großen Unterschiede zwischen den drei Indices, in denen die Produktionsergebnisse der drei restdeutschen Wirtschaftsprovinzen aufgefangen werden, doch ein Beweis dafür, daß die Wunden der Zerreißung einer vormals in jahrzehntelanger Verflechtung geknüpften Volkswirtschaft noch immer

bluten. Nach neueren Berechnungen lag der Produktionsindex für Westdeutschland im Durchschnitt des Jahres 1950 bei 109, für die DDR. bei 84 und für Westberlin bei 30 (1936 = 100).

Schon allein vom Stand der Produktivität für alle Teile her gesehen sollte man sich daher das Ziel setzen, die Verflechtung zwischen den drei Wirtschaftsprovinzen möglichst innig zu gestalten.

Man braucht dabei nicht nur an die agrarisch-industrielle Ergänzung zu denken, sondern muß sich vielmehr das Aufeinanderangewiesensein in hundert und aber hundert Zubehöerteilen vor Augen halten. Es gibt wirtschaftliche Stammeigenheiten, die sich im historischen Miteinander entwickelt haben und auf die man sich eingestellt hat. Für die Vernachlässigung solcher Zusammenhänge zahlen alle Seiten mit Produktionseinbußen.

Aber es ist nicht zu verkennen, daß man sich in den letzten fünf Jahren auseinandergeliebt hat, in der Wirtschaftsverfassung, im Wirtschafts- und Währungsrecht und in anderem mehr. Leider spricht man in den drei Wirtschaftsprovinzen auch nicht mehr die gleiche Sprache, wenigstens was den Wortinhalt betrifft.

Die Jahre der Zerreißen haben zu Konsequenzen der Verselbständigung voneinander geführt, die bei einer Wiedervereinigung zunächst in partiellen Krisenerscheinungen ausmünden würden. Gerade dann aber würde der starke Niveauunterschied große Chancen bereit halten, wobei es allerdings ohne behutsame wirtschaftspolitische Sicherungen für die schwächeren Partner bei der Wiedervereinigung nicht abgehen dürfte. Ein Zuspät für die Gewinnung des größeren Wirtschaftsraumes kann es vom Maßstab der Produktivität her nicht geben.

Aber man muß den Anfang finden. Von der Seite der Wirtschaft her empfiehlt es sich, ihn in einer Wiederbelebung und Legalisierung des Interzonenhandels und -verkehrs zu suchen. Auf allen Seiten wäre es wünschenswert, wenn die Gestaltung des Interzonenhandels aus der direkten Einflußnahme der Besatzungsmächte in deutsche Hände zurückgelegt würde. Es ist schade, daß man das Stichwort von der „Liberalisierung des Interzonenhandels“ nicht geben kann, ohne sich dessen bewußt zu sein, daß mehr als eine große Woge des guten politischen Willens notwendig wäre, um es flott zu machen. Der Trend müßte aber in der Richtung dieses Stichworts gehen. Währungs- politische Realistik müßte man allerdings abwarten. Diese braucht sich

jedoch nicht den Kursrelationen der gleichsam militanten Ära der Interzonenwirtschaft zu fügen. So unterschiedlich liegen die Kaufkraftparitäten doch wohl nicht, wie es die Wechselkurse in Berlin und anderswo anzeigen. Ein Wort noch für den gesamtdeutschen Goodwill, der den Leipziger Messen immer noch zukommt und der sorgfältig weiter gepflegt werden sollte. Besondere Messekontingente als Anfangsposten der Annäherung sind durchaus denkbar.

Neben dem Interzonenhandel sollten insbesondere auch die Gespräche technischen und naturwissenschaftlichen Charakters, z. B.

über Normung und Produktionsverfahren, gepflegt werden. Die Unverfänglichkeit des Stoffes wird dabei Hilfestellung leisten. Kaufleute und Techniker hätten demnach die Vorhuten zu stellen, in denen der Hamburgischen Geschäftswelt am Sitz des nächsten atlantischen Hafens der beiden ostelbischen Wirtschaftsprovinzen eine besondere Vermittlerrolle zukommt. Die Wirtschaft hat jüngst darauf hinweisen lassen, daß es dem Interzonenhandel gut tue, wenn breitere Kreise der Geschäftswelt an ihm beteiligt werden könnten, um auf diesem Gebiet Quasimonopole zu vermeiden. (Hn)

Keine „dritte“ Ideologie!

Bei der Verhärtung der Standpunkte innerhalb wie außerhalb Gesamtdeutschlands gerät man in Gefahr, einer „dritten Ideologie“ zum Opfer zu fallen, wenn man konkrete Ansatzpunkte einer Vereinigung Ost- und Westdeutschlands sucht. Es ist die Ideologie oder gar Illusion, die sich in Neutralitätsphantasien am deutlichsten kundtut, die aber auch andere noch harmloser aussehende Fassaden kennt.

Das Problem der Wiedervereinigung der heute schmählich getrennten Teile Deutschlands steht zwingend vor einer glasklaren Entscheidung: für oder gegen die Freiheit des Menschen in der Staatsgesellschaft. Man kann diese Freiheit in der westlichen Hemisphäre mit kapitalistischem, sozialistischem oder einem Vorzeichen zwischen beiden bejahen, weil diese westliche Hemisphäre in jedem Falle die politische Auseinandersetzung über diese Formen gesellschaftlicher und persönlicher Freiheit kennt. Man kann aber den Grundzug bolschewistischer Gesellschaftsführung, die Freiheit der Persönlichkeit grundsätzlich zu opfern, nur bejahen oder verneinen; eine Zwischenlösung gibt es hier nicht.

Auch wirtschaftlich gibt es dabei keine Zwischenlösung, da ein System, das die innere Treue zu einem Wort, das man einem als Gegner angesehenen Partner gibt, nicht kennt, den wirtschaftlichen Austausch niemals allein ökonomisch,

sondern stets zugleich und ausschlaggebend auch politisch betrachtet. Das scheinen manche zu verkennen, die den Interzonenhandel gern nur vom geschäftlichen Standpunkt aus betrachten möchten. Der Interzonenhandel muß deshalb von Westdeutschland aus auch stets politisch gesehen und kann nur mit dieser Einschränkung zugelassen werden. Ein Instrument der politischen Verständigung kann der Interzonenhandel niemals werden, solange aller Handel im Osten straff politisch organisiert ist.

So wie die Dinge real liegen, könnte ein Gespräch — gleichgültig ob zwischen deutschen oder internationalen Partnern — nur unter zwei alternativen Voraussetzungen fruchtbar sein: Entweder auf der Grundlage der Anerkennung politischer freier Persönlichkeit auch in der Ostzone, oder auf der Grundlage des Abwägens der tatsächlichen Machtfaktoren, um zur Vermeidung heißen Krieges Grenzen der beiderseitigen Gebietsbeeinflussung zu gewinnen.

Die erste Alternative können weder Grotewohl noch Pieck noch Ulbricht, selbst wenn sie es ehrlich wollten, erfüllen, da ihre Macht nur von Moskau's Gnaden nicht aber von der deutschen Bevölkerung legalisiert ist. Das verbietet auch eine irgendgeartete „Dachorganisation“ mit dem ostzonalen Regime.

Die andere Möglichkeit hängt nicht von der westdeutschen, auch

nicht allein von der westeuropäischen Kraft, sondern von der der USA. und des Commonwealth ab. Es ließe sich denken, daß diese Kraft zu einem späteren Zeitpunkt stark genug ist, um den Verzicht Rußlands auf die Ostzone zu erzwingen. Dies auszusprechen, zwingt zum Eingeständnis, daß diese Aussicht zur Zeit nicht sehr groß erscheint. Ein sowjetisches Zugeständnis freier, unbeeinflusster Wahlen könnte aber ein erster Schritt dorthin sein, sofern die Kraft hinter den Westmächten steht, dann auch der weiteren Unterwanderung der Ostzone Einhalt zu gebieten. Dazu muß in aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß auf jeden Fall ein etwaiger wehrorganisatorischer Beitrag Westdeutschlands zur Erringung des Zieles der zweiten Alternative von wesentlich geringerem Einfluß wäre als die Schaffung sozialer Verhältnisse, die das Selbstgefühl insbesondere der abhängig arbeitenden Schichten Westdeutschlands wesentlich stärken. Dies allein gibt nämlich auch Westdeutschland die Kraft, der kommunistischen geistig-politischen Unterwanderung Herr zu werden, die entscheidender ist als das Zahlenbild politischer Wahlen. (-11-)

Niemals erlahmen!

Die Wiedervereinigung der Ostzone mit dem übrigen Deutschland ist für das deutsche Volk das Natürlichste von der Welt. Die Volksmeinung hüben und drüben ist hierfür der schlüssigste Beweis. Daraus ergibt sich die Voraussetzung für die politische Wiedervereinigung: freie und geheime Wahlen in ganz Deutschland zu einem gemeinsamen Parlament mit echten Vollmachten. Das ist infolge des Terrors in der Ostzone nur unter internationaler Treuhandschaft möglich, die auch in der Ostzone freie Wahlen garantiert. Das setzt eine politische Verständigung der Weltmächte USA. und Rußland über diesen Punkt voraus.

Was kann das deutsche Volk seinerseits tun, um die Besatzungsmächte zu dieser Verständigung zu drängen — und die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung zu erhalten?

Die Bevölkerung der Ostzone kann nur fortfahren bei allen möglichen Gelegenheiten weiterhin ihren Abscheu vor dem dort herrschenden System kundzutun, um dadurch den russischen Machthabern nach Möglichkeit das Interesse an ihrer Zone zu vergällen und sie dadurch verhandlungsbereiter zu machen.

In der Bundesrepublik müssen wir mehr tun:

1. Die wirtschaftlichen und damit die sozialen Verhältnisse müssen so stabilisiert werden, daß die Sehnsucht der Ostzonenbevölkerung zur Bundesrepublik nicht erlahmt, sondern zunimmt.

2. In der Außenpolitik müssen wir eine Haltung einnehmen, die zwar eindeutig gegen kommunistische Aggressionsgelüste — aber

nicht gegen Rußland provokatorisch ist, z. B. in der Frage Remilitarisierung jedes „preußische Säbelgerassel“ unterlassen. In diesem Punkt sind die Russen, und nicht nur sie, als „gebrannte Kinder“ überempfindlich, und das nicht ohne Grund.

3. Die Bevölkerung und die Politiker der Bundesrepublik müssen sich ganz klar machen, vielmehr als es bisher oft geschieht, daß die deutschen Machthaber der Ostzone nicht legitimiert sind, da sie freie Wahlen nicht zuließen, die Welt vielmehr mit Terrorwahlen düpieren wollten. Daher können sie auch keinen Augenblick eine eigene Politik betreiben, sondern sind in allen Äußerungen nur die Funktionäre der russischen Außenpolitik. (kb)

Diplomatie zwischen den Zonen

Als vor einiger Zeit in einer großen norddeutschen Tageszeitung an die Bundesregierung die Aufforderung gerichtet wurde, daß der allen sattsam bekannte Brief Grotewohls über eine Vereinigung Deutschlands auf jeden Fall beantwortet werden müsse, hätte man beinahe Freude darüber empfinden können, daß in Deutschland noch nicht alles Fingerspitzengefühl für Diplomatie verloren gegangen sei. Gerade weil der wohl nicht ganz unberechtigte Verdacht bestand, daß dieser Brief eines gewissen propagandistischen Hintergrundes nicht entbehre, hätte er einen guten Anlaß abgeben können, die propagandistische Geste zu einer ersten wirtschaftlichen und politischen Aktion umzugestalten, die mit einer solchen Dringlichkeit hätte in Szene gesetzt werden müssen, daß es der Picasso'schen Friedenstaube schwer gefallen wäre, von ihrem Höhenflug zurückzukehren. Wenn die propagandistische Absicht im Grotewohl'schen Brief vorgeherrscht hat, dann kann mit der vorliegenden Antwort leicht Mißbrauch getrieben werden. Sie hat das Air einer politischen Note, wie sie zwischen zwei feindlichen Staaten gewechselt zu werden pflegen: man schiebt sich die Schuld gegenseitig zu. Damit soll um Gotteswillen nicht gesagt sein, daß kein schuldhaftes Verhalten vorliege. Wir brauchen nur an die Verzichtserklärung auf die deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neisse zu denken, die wir nicht vergessen hätten, auch wenn sie nicht in der Antwortnote erwähnt worden wäre.

Es muß in aller Ernsthaftigkeit ausgesprochen werden, daß es sich bei dem Verhältnis der Zonen zueinander nicht um zwei politisch souveräne Staaten handelt. Diesseits und jenseits der Elbe sitzen Deutsche, die aus wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten wieder zu einem Staat vereint werden müssen. Die „diplomatischen“ Gespräche zwischen beiden Zonen sind also keine Angelegenheit hoher Außenpolitik, und sie verlangen einen entsprechenden Ton. Es sollten sich beide Regierungen der Zonenstaaten darüber klar sein, daß diese wirtschaftliche und politische Wiedervereinigung das Verlangen aller Deutschen, und zwar das allen anderen Wünschen vorherrschende Verlangen ist, und daß es vielleicht das einzige Problem ist, worüber keine Abstimmung vonnöten ist. Würden wir nicht alle lieber auf einen Teil unseres konjunkturbedingten Wohllebens verzichten, wenn wir dafür eine im Gesamtgebiet ausgeglichene Wirtschaftsstruktur eintauschen könnten, die uns eine wirtschaftliche Gesundung auf lange Sicht in Aussicht stellt?

In dieser Frage müßten wir etwas selbständiger denken. Die verantwortlichen Leute der Ostzone sollten sich abgewöhnen, sich einzubilden, daß hier in Westdeutschland die „kapitalistischen“ Amerikaner herrschen, wie man es auch bei uns vermeiden sollte, von der „Sowjetzone“ zu sprechen. Man sollte auch die Möglichkeit nicht ganz außer Acht lassen, daß plötzlich auf einer weltpolitischen Konferenz, ganz gleich ob sie auf der Krim oder auf Hawaii stattfindet, die Amerikaner und Russen ihre gemeinsamen demokratischen Grundlagen entdecken und wir dann allein wie zwei feindliche Brüder im Herzen Europas sitzen könnten. Die Weltpolitik geht oft ihre eigenen Wege. (sk)